

Redaktionsschluss: 4. Jänner 2010

Nr. 01/10

INHALT

INNENPOLITIK ■ EUROPA

Sanierung und Pflege jüdischer Friedhöfe gesichert
2010 bringt zahlreiche Änderungen
Gemeinsame Ausbildung für alle Pädagoginnen und Pädagogen
Burgenland wählt im Frühjahr 2010

EUROPA ■ INTERNATIONAL

Bundeskanzler Faymann auf dem Golan – Treffen mit Präsident Assad
Europa wird unbürokratischer – Bundeskanzleramt bietet Hilfe

WIRTSCHAFT

Österreichs Wirtschaft prosperiert
Brüssel verlängert Genehmigung für österreichisches Bankenhilfspaket
Verstärkte österreichische Exporte in Schwarzmeer-Region
Durchwachsene Wintersaison

KULTUR ■ MEDIEN ■ WISSENSCHAFT

ÖNB erwarb Bildnachlass zur österreichischen Zeitgeschichte
Linz09: Das Grüne Band Europas
Linz: voestalpine Stahlwelt
Wien: Provenienzforscher übergeben Bericht zu Stiftung Leopold
Neujahrskonzert der Philharmoniker als „Liebeserklärung an die Welt“

SPORTPOLITIK

TEAM ROT-WEISS-ROT und NADA kämpfen gemeinsam gegen Doping
ÖOC: Sportminister Darabos gibt Sportlern Rückendeckung
Bedarfsorientierte Sportförderung statt dem alten „Gießkannensystem“

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz,
Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958,
Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundeskanzleramt.at>; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet.
Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

Sanierung und Pflege jüdischer Friedhöfe gesichert

Sanierung und Pflege der 63 jüdischen Friedhöfe in Österreich sind für 20 Jahre gesichert. In Summe stehen dafür 40 Mio. Euro bereit. Darauf haben sich Bundesregierung, Länder – insbesondere Wien und Niederösterreich, Gemeinden sowie die Israelitische Kultusgemeinde (IKG) am 21. Dezember bei einer Sitzung im Bundeskanzleramt geeinigt. Zur Instandsetzung der Friedhöfe wird ein Fonds eingerichtet. Dieser wird vom Bund mit insgesamt 20 Mio. Euro (jeweils 1 Mio. Euro jährlich) dotiert. Die nötigen restlichen 20 Mio. Euro werden von den Ländern, Gemeinden und den betreffenden Kultusgemeinden organisiert. Niederösterreich beteiligt sich zudem mit 25 % an den im Land anfallenden Kosten, das Burgenland überlegt Ähnliches. Wien übernimmt die Sanierung des „Kornhäusls“ am Währinger Friedhof (Kosten: 500.000 Euro).

Bundeskanzler Werner Faymann bezeichnete die von ihm vermittelte Einigung zur Sanierung der jüdischen Friedhöfe als „Frage der Verantwortung“, des „Respekts vor der Geschichte“, vor den jüdischen MitbürgerInnen und auch vor dem kulturhistorischen Erbe dieses Landes. Die IKG sprach von einem „verspäteten Chanukkah-Geschenk“. Damit werde „das letzte völkerrechtlich noch offene Thema abgearbeitet“, so die IKG. Österreich hatte sich im Washingtoner Abkommen 2001 zum Erhalt der Grabstätten verpflichtet, doch waren bisher alle Bemühungen gescheitert. Vor allem in Ostösterreich sind die jüdischen Gräber in sehr schlechtem Zustand – nicht zuletzt auch deshalb, weil seit dem Holocaust fast keine Nachkommen mehr in Österreich leben. Jüdische Gräber werden aber der Religion gemäß nicht aufgelöst, sondern bestehen auf Dauer. ■

2010 bringt zahlreiche Änderungen

Die Österreicherinnen und Österreicher erwarten im neuen Jahr zahlreiche Änderungen. So können sich Familien auf ein flexibleres Kindergeld freuen: Neben vier Pauschalvarianten gibt es nun das einkommensabhängige Kindergeld, wobei je nach letztem Nettoverdienst mindestens 1.000 bis maximal 2.000 Euro pro Monat für die Dauer von maximal 14 Monaten ausbezahlt werden. Beanttragt werden kann dieses Modell für Geburten ab dem 1. Oktober 2009. Kinderbetreuungskosten können steuerlich abgesetzt werden.

Neu ist auch die eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare. Kranksein wird zwar wieder etwas teurer – so steigt die Rezeptgebühr um 10 Cent auf 5 Euro, dafür wird die Mehrheit der ÖsterreicherInnen im Laufe des Jahres eine neue E-Card erhalten, die auch für Menschen mit Sehbehinderung erkennbar ist. Um Missbrauch zu verhindern, kann vor allem in Spitälern eine Identitätskontrolle mittels Ausweis erfolgen. Gedopte Sportler müssen mit einem lebenslänglichen Ausschluss von der Bundessportförderung rechnen.

Die Pensionen steigen 2010 um 1,5 %, bei niedrigen Pensionen gibt es zudem eine Einmalzahlung. Im September wird die bedarfsorientierte Mindestsicherung eingeführt. Sie bringt eine Vereinheitlichung der Sozialhilfe der Länder. Auf Basis der Mindestpension werden 12 Mal pro Jahr 744 Euro netto für Einzelpersonen und 1.108 Euro für Paare ausgezahlt. Spätestens ab Herbst 2010 gilt für alle Fünfjährigen der verpflichtende Kindergartenbesuch. Neuregelungen gibt es bei Scheidungen: Kinder erhalten in Scheidungs- und Obsorgeangelegenheiten einen Kinderbeistand, betroffene Ehepaare bekommen mehr Handlungsspielraum für Vereinbarungen über die Vermögensaufteilung.

Steuerliche Anreize schafft der Fiskus für Freiberufliche und andere Einnahmen-/Ausgaben-Rechner: Investiert man bis Jahresende in bestimmte Wertpapiere, kann man bis zu 10 % des Gewinnes steuerfrei stellen. Gut für Unternehmer: Unter bestimmten Voraussetzungen trägt der Bund die Haftungen für Kredite von Großbetrieben. ■

Gemeinsame Ausbildung für alle Pädagoginnen und Pädagogen

LehrerInnen und Kindergarten-PädagogInnen sollen nach den Plänen der Unterrichtsministerin künftig eine einheitliche Ausbildung erhalten. Demnach entwickeln Pädagogische Hochschulen und Universitäten gemeinsam Programme. Es gibt Studieneingangsphasen mit Praxiserfahrung. Nach dem Bachelor, der eine umfassende pädagogische Ausbildung inkludiert, gibt es eine mindestens zweijährige Eingangsphase. Das ist für alle Lehrer (Volksschule bis AHS) zwingend. Erst danach kann ein Masterstudium begonnen werden. ■

Burgenland wählt im Frühjahr 2010

Möglicher Termin für die vorgezogene Landtagswahl im Burgenland ist der 2. Mai 2010. Eine Festlegung steht noch aus. ■

Bundeskanzler Faymann auf dem Golan – Treffen mit Präsident Assad

Bundeskanzler Werner Faymann und Verteidigungsminister Norbert Darabos haben am 23. Dezember einen Weihnachtsbesuch bei den österreichischen UNO-SoldatInnen auf dem Golan an der syrisch-israelischen Waffenstillstandslinie absolviert. Faymann wünschte „friedliche Festtage“, was in der Pufferzone zwischen Syrien und Israel eine ganz besondere Bedeutung erhält. Das österreichische Bundesheer ist dort seit 35 Jahren im Rahmen der UN-Friedensmission UNDOF engagiert. „Es ist eine wichtige Mission, in der Region für Frieden zu sorgen“, betonte der Bundeskanzler bei dem vorweihnachtlichen Festakt im Stützpunkt Camp Faouar.

„Zu Weihnachten nicht zu Hause sein zu können, ist auch ein Opfer“, so Faymann. Mit seinem Besuch wolle er auch zeigen, dass der Einsatz der derzeit 380 österreichischen Soldatinnen und Soldaten am Golan in der Heimat nicht vergessen sei: „Wir sind stolz auf sie“, betonte Faymann. „Neutral zu sein, bedeutet nicht, unbeteiligt zu sein oder wegzusehen. Neutralität muss auch verteidigt werden.“

In der syrischen Hauptstadt Damaskus traf Faymann mit Präsident Bashar al-Assad zusammen. Dabei äußerte Assad den Wunsch nach einer einheitlichen Position der EU im Nahost-Friedensprozess. Dann könne die Union in Zukunft durchaus eine wichtige Rolle im Nahen Osten spielen. Faymann betonte, dass die EU immer für Lösungen auf Basis von Verhandlungen eintrete.

Österreich könnte neben seinem langjährigen Einsatz im Rahmen der UNDOF auch politisch eine bedeutende Rolle im syrisch-israelischen Friedensprozess übernehmen, meinte Assad, der zudem auf die Tradition des diesbezüglichen österreichischen Engagements seit Bruno Kreisky verwies. Bundeskanzler Faymann erklärte, die EU wolle den Verhandlungsprozess stärken, weil man Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung niemals akzeptiere. ■

Europa wird unbürokratischer – Bundeskanzleramt bietet Hilfe

Am 29. Dezember endete die Umsetzungsfrist für die Dienstleistungsrichtlinie auf EU-Ebene. Das EU-Portal der einheitlichen Ansprechpartner <http://ec.europa.eu/eu-go> ist nun online. In Österreich ist die Plattform unter www.eap.gv.at

erreichbar. Alle Informationen stehen auch in HELP.gv.at bereit.

Die Dienstleistungsrichtlinie verpflichtet alle EU-Länder zur Beseitigung rechtlicher und bürokratischer Hindernisse. Eine Niederlassung im Dienstleistungssektor oder die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen sind ab sofort online möglich. Dies gilt z.B. für einen Tischler aus Österreich, der sich in Slowenien niederlassen möchte, genau so für einen in Österreich niedergelassenen Architekten, der mit dem Bau eines Hauses in Deutschland beauftragt ist, oder einen österreichischen Veranstaltungsmanager, der ein Open-Air-Festival in Ungarn organisieren will. Bei der Geschäftsgründung oder Expansion muss jetzt nicht mehr eine Vielzahl von Behörden – Ministerien, örtliche Behörden, Berufsverbände und andere Stellen – teils auf unterschiedlichen Ebenen (national, regional und kommunal) kontaktiert werden. In jedem EU-Land können diese Informationen jetzt auf elektronischem und damit vereinfachten Weg eingeholt werden.

Alle EU-Mitgliedstaaten haben ab sofort über das Internet zugängliche Portale mit elektronischen Behördendiensten anzubieten, müssen klare und umfassende Informationen über die Verfahren und über die konkreten Anforderungen zur Verfügung stellen und die erforderlichen Verfahren, wie z.B. die Einholung von Genehmigungen, Erfüllung von Meldepflichten, etc., online durchführen.

Das Bundeskanzleramt hat mit dem Bundesrechnungszentrum und der Fachhochschule Joanneum einen Online-Assistenten entwickelt. Dienstleistungswerber werden mit Hilfe eines Frage-/Antwortsystems zu den relevanten Berufsinformationen und Behördenverfahren geführt. Derzeit enthält der Assistent Beschreibungen zu 19 ausgewählten Berufen und den zugehörigen Behördenwegen auf Bundesebene. Ein bedarfsorientierter Ausbau, eine stärkere Vernetzung mit den Landes- und Gemeindeangeboten sowie eine mehrsprachige Version sind für 2010 geplant.

Den Assistenten finden sie unter www.eap.gv.at. Wie Medienstaatssekretär Josef Ostermayer erklärte, werde mit der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie vor allem auch den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die das „Rückgrat unserer Wirtschaft“ bilden und „Hauptantriebskraft für Wachstum sowie Beschäftigung“ seien, geholfen. Mit der elektronischen Hilfe werde Österreich seiner E-Government-Vorreiterrolle in Europa gerecht. ■

Österreichs Wirtschaft prosperiert

Österreichs Wirtschaft erholt sich rascher als erwartet. Das Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) und das Institut für Höhere Studien (IHS) haben vor Weihnachten die Wachstumsprognose für 2010 angehoben: Demnach soll das österreichische Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 1,3 bis 1,5 Prozent zulegen, im September hatten die Experten noch ein reales Wachstum von 1,0 Prozent gesehen. 2011 soll das Plus dann mit 1,6 bis 1,7 Prozent noch etwas deutlicher ausfallen. Die Konjunkturforscher betonen aber, dass die Erholung nur sehr verhalten sei und einer Reihe von Risiken unterliege. Die Arbeitslosenrate steigt bis 2011 um einen Punkt auf 8,1 Prozent, das Budgetdefizit wird 2010/11 um 5 Prozent erwartet.

Gestützt wird das leichte Wachstum von privaten Konsumausgaben, die sogar in der Rezession leicht zugelegt haben und nun 2010 um etwa 0,7 Prozent und 2011 um rund 1 Prozent steigen sollen. Positiv wirken sich hier relativ hohe Reallohnzuwächse, die Ausweitung von Sozialtransfers und die letzte Steuerreform aus.

Nach zweistelligen Rückgängen im Außenhandel kommen die Exporte wieder in Gang und sollen 2010 um 4 bis 5 ½ Prozent und 2011 um 6 bis 7 Prozent zunehmen.

Der Preisanstieg in Österreich – vor allem wegen der Energiekosten – wird weiter recht niedrig bleiben. Nach 0,5 Prozent 2009 erwarten die Experten für 2010 eine Inflationsrate von 1,3 bis 1,4 Prozent, 2011 soll sie mit 1,4 bis 1,5 Prozent kaum höher sein. ■

Brüssel verlängert Genehmigung für österreichisches Bankenhilfspaket

Die EU-Kommission hat das österreichische Bankenhilfspaket von 100 Mrd. Euro für ein weiteres halbes Jahr verlängert. Auch für acht weitere EU-Länder – Dänemark, Deutschland, Finnland, Großbritannien, Lettland, die Niederlande, Slowenien und Ungarn – wurden die Krisenunterstützungsmaßnahmen für weitere sechs Monate gewährt. EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes erklärte, die Staatshilfen sollen der Erholung des Bankensektors dienen. Aber sie verwies auch darauf, dass die betroffenen Länder gleichzeitig ein Auslaufen der Beihilfen vorbereiten sollten. Damit solle vermieden werden, dass Banken von staatlicher Unterstützung abhängig würden. Die Hilfsprogramme zur Überwindung der

Finanzkrise dienten der Stabilisierung des Finanzmarktes durch Garantien, Kapitalspritzen und Darlehen an Kredit- und Versicherungsinstitute und seien mit den EU-Regeln vereinbar.

Die Maßnahmen seien ein angemessenes Mittel um das Vertrauen in die Kreditwürdigkeit österreichischer Banken wieder herzustellen und Interbankenkredite anzuregen. ■

Verstärkte österreichische Exporte in Schwarzmeer-Region

Österreichs Exportwirtschaft will sich in diesem Jahr verstärkt auf die Schwarzmeer-Region mit ihren rund 137 Mio. Einwohnern konzentrieren. Derzeit gehen etwa 2 Prozent der österreichischen Ausfuhren in diese Region. Ziel sei es, diesen Anteil auf 4 Prozent zu steigern, so Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner. Die Politik werde diese Initiative u.a. mit der Eröffnung einer österreichischen Botschaft in der aserbaidischen Hauptstadt Baku unterstützen, kündigte Außenminister Michael Spindelegger an.

Um die Chancen für Österreichs Exporteure in Aserbaidschan, Georgien, Armenien und der Nordtürkei, aber auch in Rumänien, Bulgarien, der Ukraine und in Russland auszuloten, wurde eine strategische Studie beim Wifo in Auftrag gegeben, die im März fertig sein soll.

Auch der Außenhandel mit den Westbalkan-Staaten – vor allem den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien – soll intensiviert werden. Am Westbalkan sei zuletzt „einiges in Bewegung gekommen“, so Spindelegger. So dürften die EU-Beitrittsverhandlungen mit Kroatien 2010 abgeschlossen werden. ■

Durchwachsene Wintersaison

Österreichs Tourismuszahlen blieben im Kalenderjahr 2009 (Jänner bis November) leicht unter dem Vorjahr. Wie Statistik Austria am 23. Dezember bekannt gab, lag die Zahl der Nächtigungen mit 114,14 Mio. um 1,9 Prozent oder 2,21 Mio. Nächtigungen unter dem Niveau der gleichen Vorjahrsperiode. Unter den nächtigungstärksten Herkunftsländern aus dem Ausland konnte das Vereinigte Königreich (plus 1,6 Prozent) und Belgien (plus 36,1 Prozent!) zulegen, während für das wichtigste Herkunftsland Deutschland ein Minus von 3,2 Prozent gemeldet wurde. Auch bei Gästen aus Russland gab es Einbußen (minus 15,2 Prozent). ■

ÖNB erwarb Bildnachlass zur österreichischen Zeitgeschichte

Die Österreichische Gesellschaft für Zeitgeschichte wurde u.a. von den Universitätsprofessoren Ludwig Jedlicka und Alphons Lhotsky 1962 gegründet.

Die Aufgaben der Gesellschaft lagen von Beginn an auf dem Gebiet der Forschung und Dokumentation, auf der Sammlung und dem Nachweis zeitgeschichtlicher Quellen als Grundlage für Forschungsvorhaben und der wissenschaftlichen Auswertung des gesammelten Materials in Kooperation mit Universitäten und anderen wissenschaftlichen Institutionen.

Vor allem Univ.-Prof. Gerhard Jagschitz ist es zu verdanken, dass dieses bedeutende Bildarchiv zustande kam. Er erkannte als einer der ersten Historiker die Bedeutung der Fotografie als historische Quelle und gilt damit als Pionier der Visual History in Österreich. Im Laufe der Jahre konnte er wichtige fotografische Bestände zur österreichischen Zeitgeschichte sichern. Dieses Bildmaterial bildete einen reichhaltigen Fundus für zahlreiche wissenschaftliche Publikationen, Ausstellungen und auch TV-Produktionen wie „Österreich I“ und „Österreich II“. Er war auch einer der ersten, die auf den Quellenwert der Privatfotografie hinwiesen.

Die Österreichische Nationalbibliothek (ÖNB) hat nun das Bildarchiv der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte, den wohl wichtigsten Fotonachlass zur österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert, erworben. Das Archiv umfasst mehr als 400.000 Fotos, die Ereignisse und Personen der österreichischen Geschichte seit 1918, dem Zweiten Weltkrieg und der NS-Zeit sowie der Zweiten Republik bis in die frühen 1980er Jahre dokumentieren. 10.300 Bilder aus diesem Bestand wurden bereits digitalisiert und über die Bildplattform www.bildarchivaustria.at der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Durch die Übernahme dieses wertvollen Bestandes in das ÖNB-Bildarchiv, der größten Bilddokumentationsstelle des Landes, kann BenutzerInnen eine noch viel größere Bandbreite an zeitgeschichtlichem Dokumentationsmaterial sowohl konkret als auch digital angeboten werden.

Zum bedeutendsten Teilbestand zählt der Nachlass des österreichischen Pressefotografen Albert Hilscher, der die Jahre 1931 bis 1965 in Bildern festhielt.

Der große Umfang des Bildarchivs enthält auch einen beachtlichen Bestand der NS-Bildagentur

„Weltbild“. Hervorzuheben sind auch die Aufnahmen des Pressefotografen Franz Blaha, der die ersten Jahre der österreichischen Nachkriegszeit festhielt sowie der gesamte fotografische Nachlass von Alfred Cermak, eines Chronisten der 1950er bis in die 70er Jahre, mit Schwerpunkt auf österreichische Kultur und Medien. Die Sammlung wird ergänzt durch Fotoalben, die einen alternativen, privaten Blick auf die österreichische Zeit- und Sozialgeschichte ermöglichen und somit wichtige Quellen der sozialhistorischen Forschung sind.

Neben dem fotografischen Material wurden weitere wertvolle Materialien mit zeitgeschichtlich relevanten Informationen übergeben, etwa Kalender, Orden und Abzeichen, Ausweise, Lebensmittelkarten, etc. ■

Linz09: „Das Grüne Band Europas: Grenze. Wildnis. Zukunft“

Im Rahmen des auslaufenden Projekts von Linz09 Kulturhauptstadt Europas, auch in Kooperation mit den Oberösterreichischen Landesmuseen und der Universität Wien, zeigt das Schlossmuseum Linz noch bis 10. Jänner eine sensationelle Ausstellung: „Das Grüne Band Europas: Grenze. Wildnis. Zukunft“ stellt ein internationales Naturschutzprojekt vor, das die vielfältigen Landschaften entlang des ehemaligen Eisernen Vorhangs und ihre Natur- und Kulturwerte nachhaltig sichern will.

Auf einer Länge von 12.500 km haben sich quer durch Europa Wildnisgebiete als Rückzugsmöglichkeiten für Wildtiere wie Bären, Luchse und Wölfe erhalten. Diese kostbaren Naturrefugien sind oft in vielfältige Kulturlandschaften eingebettet, in denen naturverträgliche Nutzungsformen als Modelle nachhaltiger Entwicklung für das ländliche Europa dienen können. Ausgehend von den unterschiedlichen Aspekten der „erzwungenen Verwilderung“ präsentiert die Ausstellung die kulturelle und biologische Vielfalt des Grünen Bandes vom subarktischen Lappland bis zur Schwarzmeerküste.

Ein großer Bogen an Themen spannt sich von den Delikatessen des hohen Nordens über den Bernstein der Ostseeküste und die Wildtiere des Böhmerwaldes bis hin zu den floristischen Wundern der Balkangebirge. Schließlich wird die Frage erörtert, in welche Richtung sich die Grenzregionen im Herzen Europas in Zukunft entwickeln könnten.

www.linz09.at/gruenes-band-europas ■

Linz: voestalpine Stahlwelt

Die Geschichte der VÖEST, der Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke Aktiengesellschaft, ist mit der Stadt Linz untrennbar verbunden. Die VÖEST, in der Nazi-Zeit Tochtergesellschaft der „Hermann-Göring-Werke“, bildete das Fundament der Verstaatlichten Industrie, der späteren Österreichischen Industrieholding AG (ÖIAG). Seit 1947 erlebte die VÖEST einen beständigen Aufschwung und wurde mit der Entwicklung des LD-Verfahrens zur Stahlerzeugung 1952 zum Paradebetrieb, der sich auch dem Schiffsbau verschrieb. So wurden etwa in der von 1974 bis 1991 zum Konzern gehörenden Schiffswerft Korneuburg über 100 Passagierschiffe für die Sowjetunion gebaut. 1976 wurde der bis heute größte Hochofen mit einer Kapazität von 3,3 Millionen Tonnen pro Jahr in Betrieb genommen.

In den darauffolgenden Jahren wurde der starke politische Einfluss auf das verstaatlichte Unternehmen verstärkt zur Arbeitsplatzsicherung eingesetzt. Diese Praxis fand ihr Ende 1985, als das zum Mischkonzern angewachsene Unternehmen einen durch Ölderivatgeschäfte noch verstärkten Rekordverlust von 25 Mrd. Schilling (jetzt: ca. 1,817 Mrd. Euro) einfuhr. In der Folge wurde das Unternehmen stark umstrukturiert und der Personalstand abgebaut. Der damalige Finanzminister Ferdinand Lacina entließ den gesamten VÖEST-Vorstand und beendete mit einer neuen gesetzlichen Grundlage das bis dahin übliche Parteienproporz-System, wo bei Bestellung der Unternehmensführung politische Zugehörigkeit wichtiger zu sein schien als wirtschaftliche Qualifikation.

Um das entlassene Personal bei der Wiedereingliederung ins Erwerbsleben zu unterstützen, wurde 1987 die Stahlstiftung gegründet.

1988 und 1989 wurde die VÖEST-Alpine AG in sechs Branchenholdings aufgeteilt (u.a. Maschinen- und Anlagenbau, Bergbau). Mit dem Privatisierungsgesetz von 1993 wurde das Firmenkonglomerat im Wesentlichen in drei Konzerne zerlegt, die bis 1995 teilprivatisiert wurden: 1) in den VOEST-Alpine Industrieanlagenbau, damals Teil der neu gegründeten VA Technologie AG und seit 2005 der Metallurgiezweig von Siemens Industrial Solutions and Services, 2) in die Böhler-Uddeholm AG: die schwedische Uddeholm war kurz vorher gekauft und mit Böhler vereinigt worden und 3) in die VOEST-ALPINE STAHL AG – die heutige Voestalpine. Die beiden letztgenannten Unternehmen gingen 1995 an die Börse.

Mit dem Börsengang 1995 wurde die Privatisierung der bis dahin noch zu 100 Prozent im Staats-eigentum (ÖIAG) befindlichen VÖEST-Alpine eingeleitet. 2003 war die vollständige Privatisierung beschlossen. Seither firmiert das Unternehmen wieder unter der traditionellen Bezeichnung Voestalpine AG, nun mit neuer Schreibweise im Logo.

Die Voestalpine fertigt, verarbeitet und entwickelt weltweit Stahl zu hochwertigen Produkten und innovativen Lösungen. Seit November 2009 präsentiert die voestalpine Stahlwelt den Werkstoff Stahl und die unzähligen Möglichkeiten seiner Verarbeitung den Besucherinnen und Besuchern in einem futuristischen Bau, den das Linzer Architekturbüro Schremmer-Jell entworfen hat. Die voestalpine Stahlwelt stellt neben der Konzernzentrale, dem Verwaltungsgebäude der voestalpine Stahl GmbH und den Gasometern einen weiteren markanten Fixpunkt im städtebaulichen Kontext des Industriestandortes Linz dar.

Auf fünf Ebenen überrascht die Architektur besonders durch den Wechsel von unterschiedlichen räumlichen Eindrücken und eröffnet eine vielfältige Erlebniswelt: Verschiedene Raumzonen wechseln einander ab – geschlossene und introvertierte sowie offene und nach außen orientierte. Stahl dominiert das gesamte Bauwerk – von der tragenden Konstruktion des Gebäudes über die Fachwerke aus geschweißten Kastenprofilen, den Diagonalen aus geschweißten I-Trägerprofilen und den Dachträgern aus Walzprofilen bis hin zur Fassade bestehend aus einer Glaskonstruktion mit Stahlblechverkleidungen.

Die Besucher können selbst aktiv werden und am Bildschirm Eisenerz und Koks schmelzen und in mehreren Verarbeitungsschritten Stahl erzeugen. Virtuelle Experten beantworten Fragen. Gezeigt werden u.a. die Entstehungsgeschichte eines Kotflügels, der Weg von einer Stahlplatte zum Rahmenprofil, die Ausstattung eines Hochofens und die Schutzkleidung eines Arbeiters.

Der Konzern erwartet durch die neue voestalpine Stahlwelt – die weltweit einzigartig ist – eine Verdoppelung der Besucherfrequenz von 40.000 auf 80.000 pro Jahr. Geöffnet ist das sensationelle „Museum“ mit seinem Café sechs Tage pro Woche. Schon jetzt wird an der Dauerausstellung „ihre hohe technische Qualität, ihre Ästhetik, der Einsatz verschiedenster Medien und ihre Sachlichkeit“ gerühmt (Julia Urbanek, WZ).

voestalpine Stahlwelt, Voestalpine Linz; Di - Fr 9 bis 17 Uhr, Sa, So und Feiertag 10 bis 18 Uhr.
www.voestalpine-stahlwelt.at ■

Wien: Provenienzforscher übergeben Bericht zu Stiftung Leopold

Die Provenienzforscher Sonja Niederacher und Michael Wladika haben am 22. Dezember ihren ersten Bericht über die Ergebnisse ihrer Arbeit in der Leopold Museum-Privatstiftung an das Kulturministerium und die Stiftung übergeben.

Die unabhängige Provenienzforschung wurde durch eine Vereinbarung des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur mit der Leopold Museum-Privatstiftung im Mai 2009 eingerichtet. Die Untersuchungen wurden auf Grundlage eines von den Provenienzforschern entwickelten Arbeitsplanes geführt und betreffen Werke aus den ehemaligen Sammlungen Duschinsky, Eisler, Lanyi, Mayländer, Morgenstern, Neumann, Popper, Reichl, Rieger, Steiner und Stemmer. Zur Sammlung Grünbaum werden die Forscher ihre Arbeit noch ergänzen und den Bericht erst im Frühjahr übermitteln.

Bundesministerin Claudia Schmied dankte den beiden Forschern für die geleistete Arbeit, die eine gesicherte historische Faktenlage für die weiteren Entscheidungen geben soll. Sowohl das Kulturministerium als auch die Stiftung sichten derzeit die erhaltenen Unterlagen und wollen sie noch im Jänner veröffentlichen.

Als weiteren Schritt setzt Schmied – den Ergebnissen der interministeriellen Arbeitsgruppe folgend – ein Gremium aus anerkannten, unabhängigen Persönlichkeiten ein, das den Bericht in rechtlicher Hinsicht unter den für die Bundesmuseen geltenden Standards prüfen wird. Es ist geplant, dass sich dieses Gremium in der zweiten Jännerhälfte konstituiert. Die Leopold Museum-Privatstiftung wurde eingeladen, sich an diesem Gremium zu beteiligen. ■

Neujahrskonzert der Philharmoniker als „Liebeserklärung an die Welt“

Am 1. Jänner war der Goldene Saal des Wiener Musikvereins bereits zum 52. Mal Schauplatz des „Neujahrskonzerts der Wiener Philharmoniker“. Nach dem großen Erfolg von 2008 leitete wieder der 85-jährige französische Dirigent Georges Prêtre das wohl populärste klassische Konzert der Welt. Während der erste Teil des Konzerts der Familie Strauß gewidmet war, stimmte das Orchester den zweiten Teil mit der Ouvertüre zu den „Lustigen Weibern von Windsor“ des Philharmoniker-Gründers Otto Nicolai an, dessen 200. Ge-

burtstag heuer gefeiert wird. Zu Ende ging das offizielle Konzert mit dem Werk eines ebenfalls 1910 geborenen Komponisten, des Dänen Hans Christian Lumbye und seinem „Champagner-Galopp“. Als musikalischen Höhepunkt empfanden viele Zuseher eine atemberaubende Interpretation der Ouvertüre zu Jacques Offenbachs „Rheinnixen“, die später als „Barcarole“ in Hoffmanns Erzählungen zu Weltruhm gelangen sollte. Das Ballett der Wiener Staats- und Volksoper tanzte im Kunsthistorischen Museum (KHM) eine Choreografie von Renato Zanella. Die Solisten kamen von der Opera Garnier in Paris – Eleonora Abbagnato und Nicolas Le Riche. Alle Tänzerinnen und Tänzer trugen Kostüme des italienischen Couturiers Valentino. Der von Hannes Rossacher gestaltete Pausenfilm ließ hinter die Kulissen des Konzerts blicken und zeigte u.a. die Detailarbeit Valentinos und seines Mitarbeiterstabes an den individuell geschneiderten, rosafarbenen Kleidern, die später ideal mit den Farben des KHM – den Ölgemälden im Hintergrund, der Marmorisierung – korrespondieren sollten. An jedem der feenhaften Kleider wurden 250 Arbeitsstunden investiert.

Das Konzert, das erstmals in High Definition ausgestrahlt wurde, konnte in 72 Ländern von etwa 45 Millionen Menschen teils live, teils zeitversetzt empfangen werden – auch etwa in Sri Lanka, Trinidad und in der Mongolei.

Der Goldene Saal war wieder von den Wiener Gärtnern und österreichischen Floristen mit mehr als 30.000 Blüten aus San Remo geschmückt worden – bei den Rosen dominierte die Modelfarbe Orange. Während des Walzers „An der schönen blauen Donau“ konnten die Zuseherinnen und Zuseher den Verlauf der Donau von ihrem Ursprung in Deutschland, über Österreich, Ungarn, bis nach Serbien und Rumänien bis zur Mündung in das Schwarze Meer verfolgen.

Schon vor dem fulminanten Konzert, das auf CD ab dem 7. Jänner, auf DVD ab 14. Jänner genossen werden kann, hatte Georges Prêtre erklärt: „Das ist kein Konzert“, schwärmte er, „sondern eine Liebeserklärung an die ganze Welt“.

An dem Konzert nahmen auf Einladung von Bundespräsident Heinz Fischer und seiner Frau Margit der scheidende kroatische Staatspräsident Stjepan Mesic und seine Frau Milka teil.

2011 wird Franz Welser-Möst das Neujahrskonzert der Wiener Philharmoniker dirigieren – passend zu seinem Einstand als Musikdirektor der Wiener Staatsoper ab 1. September 2010.

www.wienerphilharmoniker.at ■

TEAM ROT-WEISS-ROT und NADA kämpfen gemeinsam gegen Doping

Die 200 Sportlerinnen und Sportler des TEAM ROT-WEISS-ROT bringen nicht nur Spitzenleistungen für Österreich, sondern setzen sich auch gemeinsam für soziale und gesellschaftliche Anliegen im Sport ein. Schwimm-Olympiamedailengewinnerin Mirna Jukic, Tennisprofi Jürgen Melzer, Wien Marathon-Siegerin Andrea Mayr, Dressurreiterin Victoria Max-Theurer, Tischtennis-Weltmeister Werner Schlager und Salti-Weltrekordhalter Fabian Brandl (Wasserspringen) haben gemeinsam mit der NADA (Nationale Anti-Doping Agentur Austria GmbH) einen TV-Spot gegen Doping gedreht. Die Botschaft des Spots, in dem die Sportler in ungewöhnlichen, aber fairen Trainingssituationen zu sehen sind, ist eindeutig: „Für den Erfolg tun wir alles. Alles außer dopen“.

Sportminister Norbert Darabos: „Der Sport in Österreich hat durch ein paar schwarze Schafe in den vergangenen Jahren schweren Schaden genommen. Mit dem Spot tragen unsere TEAM ROT-WEISS-ROT-Sportler, die wichtige Vorbilder für unsere Jugend sind, dazu bei das Image des Spitzensports zu korrigieren.“

NADA-Geschäftsführer Andreas Schwab: „Unser Ziel ist es, die sportinteressierte Öffentlichkeit zu erreichen und auf sympathische Art und Weise darauf aufmerksam zu machen, dass Doping von unseren Athletinnen und Athleten strikt abgelehnt wird“.

Der Spot wird ab sofort bis Ende März 2010 rund 60 Mal im Umfeld von Sportsendungen und Sportübertragungen des ORF ausgestrahlt und stellt somit einen wichtigen Schritt im Kampf gegen Doping in Österreich dar.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die neue Anti-Doping-Gesetzgebung in Österreich. Die umfangreichen Verschärfungen traten pünktlich zum Jahresbeginn in Kraft. ■

ÖOC: Sportminister Darabos gibt Sportlern Rückendeckung

Sportminister Norbert Darabos unterstützt die Forderung ehemaliger österreichischer Spitzensportler zur Bildung eines Sportler-Beirats im Österreichischen Olympischen Comité (ÖOC). Dieser soll laut Initiatoren dem ÖOC-Vorstand beratend zur Seite stehen. „Die Sportler sind diejenigen, um die es bei Olympia geht. Sie wissen

am besten, was für einen Athleten notwendig ist, um erfolgreich zu sein. Ich finde es toll und wichtig, dass sie sich einbringen. Die Sportpolitik muss das zulassen. Die Sportler haben meine volle Rückendeckung“, so der Sportminister.

Darabos selbst hat kurz nach seinem Amtsantritt im Februar 2009 die Initiative „Sportler für den Sport“ gestartet, bei der rund 30 ehemalige und aktive Sportstars, darunter Markus Rogan, Werner Schlager, Nik Berger, Alex Antonitsch, Christoph Sieber, Michael Hadschieff oder Emese Hunyadi, Ideen für den österreichischen Sport entwickeln. „Das Engagement der Sportler hat mich beeindruckt. Es sind bereits drei konkrete Projekte für mehr Sport und Bewegung in der Jugend in Umsetzung“, sagte Darabos. ■

Bedarfsorientierte Sportförderung statt dem alten „Gießkannensystem“

Es ist das Ziel von Sportminister Darabos, die wesentlich noch aus der Nachkriegszeit stammende Sportförderung in Österreich zu vereinfachen. „Kern meines Vorhabens ist es, die Förderungen gezielter und direkter einzusetzen. Die Fördermittel sollen sich stärker als bisher an den Bedürfnissen der Verbände und Sportlerinnen und Sportler orientieren“.

Ein weiterer Schritt in diese Richtung wurde nun gesetzt: Rechtzeitig zum Jahreswechsel wurden von Bundes-Sportorganisation (BSO) und Sportministerium nach intensiven Evaluierungsgesprächen insgesamt 25 Mio. Euro an die 60 Bundesfachverbände und die drei Dachverbände für konkrete Projekte und Maßnahmen vergeben. Auch die Nationale Anti-Doping-Agentur (NADA) erhält 2010 wieder eine halbe Million Euro zusätzliches Budget für Präventionsmaßnahmen.

Grundlage für diese zukunftsweisende Vergabe von Fördermitteln sind § 11a und Ziffer 5 des Bundes-Sportförderungsgesetzes. Der neue § 11a, der flexible und auf die aktuellen Bedürfnisse des Organisierten Sports orientierte Förderung von Verbänden, Vereinen, Sportveranstaltungen und Sportlerinnen und Sportler möglich macht, wurde im Mai 2009 auf Initiative des Sportministers von allen fünf Parlamentsfraktionen beschlossen.

Das moderne Förderwesen geht weg von der Gießkanne hin zu einer maßnahmenorientierten, zielgerichteten Unterstützung der Verbände und erfüllt zudem die langjährige Forderung des Organisierten Sports bedarfsorientierte Jahresförderungen auszusprechen. ■